

Deutsche Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhofs 3606-3698, Telegramm-nr.: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Dr. Gerhard Thimm, Berlin, Anzeigen-Preise: mm-Zelle 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zelle 20 Pfennig, Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, KochstraÙe 22-26

10 Pf. ^[Anzeige] _[15 Pf.] • Nr 184

DIENSTAG, 18. APRIL 1933

ABEND-AUSGABE

Doppelwahrung in Amerika?

Starker Druck auf Präsident Roosevelt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 18. APRIL

Die amerikanische Regierung steht vor unerwarteten Entschedungen geistiger Ereignisse. Alle Hoffnungen sind darauf gerichtet, endlich mit energischen Maßnahmen der Wirtschaftskrise zu Hilfe zu rufen. Kabinett, Senat- und Kongreßmitglieder sowie die Repräsentanten der Wirtschaft legen sich auf die Aufstellung umfassender Programme, ohne daß insofern ein einheitlicher Zug und eine einheitliche Willensrichtung in Bezug auf die angewandten Methoden erkennen wäre. Einmütigkeit befehlt hohstens insofern, als man in allen diesen Gremien den Spiel bei der Geld- und Währungspolitik auszuen möchte. Unverkennbar ist der Gegensatz zwischen, die alles Heil von der Aussetzung des Kreditlimites erwarten. Eine besondere Rolle spielen dabei die Silberverfeiner, die das Silber gleichberechtigt neben dem Gold zum Wahrungsmittel erheben wollen. Wenn auch gestern im Senat die erste Inflationsvorlage des Senators Wheeler, der die freie Silberauspragung auf Grund einer festen Verrelation zum Gold im Verhältnis von 16 : 1 fordert, noch mit 43 gegen 33 Stimmen der Ablehnung verfiel, so ist doch der Stimmensumpf der Silberverfeiner ins Auge springend; im Jahreskongre wird nämlich ein gleicher Antrag zum letzten Kongreß noch mit 56 gegen 18 Stimmen verworfen.

Dieser Vorstoß der inflationsfreundlichen Agrargruppe würde vielleicht sogar eine Mehrheit für sich gewinnen können, wenn nicht dem Regierungsobetragliche Unterlugung von republikanischer Seite Anteil geworden wäre. Die ganze Debatte war mit nationalitatlichen Argumenten lastet durchsetzt. Wiederholt wurde zum Ausdruck gebracht, daß sich England alle internationalen Handelsverhältnisse durch Wahrungsmannipulation zu verschaffen wide, während die Vereinigten Staaten am Wohlstand zu Grunde gingen. Die offenbar schon sehr mächtige Inflationsgruppe erklärte offen, sie gäbe Roosevelt noch eine Frist, um bei den kommenden Wirtschaftsverhandlungen mit England und Frankreich ein internationales Wahrungsbundnis abzuschließen. Schließen diese Verhandlungen fehl, so werde die Gruppe eine Dreierpolitik zusammenbringen und auch über den Widerstand des Präsidenten hinweg ihre eigenen währungspolitischen Ziele durchsetzen.

Aus den gleichen politischen Erwägungen wurde vorläufig noch der Antrag des Senators Gray aus Ausgabe von Bonds im Betrage von 9 Milliarden Dollar zur Überwindung der Farm-Spekulation abgelehnt.

*

Die amerikanische Regierung steht im Kreuzfeuer der verschiedenen Wünsche und Forderungen. So wird auf Roosevelt ein ungeheurer Druck ausgeut, zur Sanierung der Eisenbahnen, Versicherungsgesellschaften und der Landwirt-

schaft unverzüglich den Dollar zu devalvieren. Der Präsident hat bereits zahlreiche Forderungen zu Rate gezogen, aber seine Entscheidung bis zur Besprechung mit MacDonald zurückgestellt. Infolgedessen schreiben eingeweihte Kreise der Zusammenkunft mit dem englischen Regierungsobetrag erprobte Bedeutung zu. Nämlich soll auf beiden Seiten der Ozeans die Stabilisierung von Fund und Dollar auf Basis einer neuen Goldparitat unter Einbeziehung des Silbers erzwungen werden. Der feierlicher von dem ehemaligen Gouverneur des Federal Reserve Board, Wiener, vertretene Gedanke, daß zur Behebung der Wirtschaftskrise lediglich eine Kreditausweitung ausreichte, sieht vorläufig aufgegeben zu sein. Von den im Reichsen Hause erörterten Plänen verdient ferner die Möglichkeit einer größeren, jederzeit gegen Banknoten umtauschbaren Bonds-Emission mit geringem Zinssatz Hervorhebung. Die jederzeitige Einlosungspflicht gegen Banknoten soll den

Parivert dieser Anleihe verbriefen. Auf diese Weise hofft man, daß sich die Kapitalisten dieser Emission bedingungslos annehmen, ohne von dem Limitaus-Bertrag tätlich Gebrauch zu machen. Die Entscheidung über diese Anleihe ist schon in naher Zukunft zu erwarten, da die Regierung in der nächsten Zeit die Ausgabe einer Obligationen-Anleihe zur Finanzierung der Farmhypotheken, der Heimfurten und so weiter plant.

Roosevelt, der furzlich erklärte, eine „etwas links von der Mittellinie“ gerichtete Politik einzulagen zu wollen, steht erst am Anfang des nationalen Streifen-Programms. Wegen der zur Debatte stehenden Maßnahmen, von denen wir lediglich die Freigabe-Stunden-Abgabe, die obligatorische Produktionskontrolle in einzelnen Industriezweigen, gefellende Festlegung von Mindestlöhnen, die Mobilisierung von Industrie-ubrigenden zur Behebung der sozialen Notlage und die Festlegung von Maximalgehaltem in allen von der Reconstruction Finance Corporation unterlagten Gesellschaften als wichtige hervorzuheben, ist die Regierung bereits als „wirtschaftsrevolutionar“ bezeichnet und heftig angegriffen worden.

Erl in den nächsten Tagen dürfte Klarheit darüber zu gewinnen sein, welchen Wirtschaftskurs Roosevelt und seine Regierung tatsächlich favorisiert. Siehe auch dritte Seite

Schulzulassung wird geregelt

Reichsgesetz über Besuch der höheren Schulen

Dem Reichskabinett liegt ein Gesetzentwurf gegen die Überbesetzung der höheren Schulen vor, der voraussichtlich in der Kabinettsitzung morgen nachmittag zur Beratung kommen wird. Der Gesetzentwurf regelt die Zulassung von Schülern jublicher Abstammung zum Besuch der höheren Schulen für das ganze Reich. Die Länder werden zu dem Gesetz Durchführungsbestimmungen erlassen, die wahrheitsgemäß noch vor dem 1. Mai in Kraft treten werden. Inbetreff dem liegt dem Reichskabinett eine reichsgefellige Regelung der Studentenfrage nach prejudiziellem Vorbild vor.

Einschränkung des Hochschul-Studiums

Die Vereinbarungen zwischen Reich und Ländern, die für den Zugang der Abiturienten zur Hochschule einschneidende Bestimmungen festsetzen, lauten folgendermaßen: Angesichts der großen Zahl der Abiturienten, der Überfüllung der Hochschulen und des abnehmenden Arbeitsmarktes werden die Unterrichtsverwaltungen von Oftern 1933 ab folgende Regelung

des Zugangs der Abiturienten zu den Hochschulen übereinstimmend durchführen:

1. Die Prüfungsstellen für jede Schule für jeden einzelnen Abiturienten entsprechend fest, ob ihm noch feiner möglichen und gefulligen Anlangen, feiner Reigungen und Leistungen vom Hochschulstudium abzurufen ist.
2. Die Schulleitung teilt den Erziehungsberechtigten solcher Abiturienten, denen vom Studium abgesehen ist, diese Entscheidung mit.
3. Die höheren Schule teilt der Hochschule auf Anfordern die gemäß Ziffer 1 getroffene Entscheidung mit. Anderen Stellen darf diese Entscheidung nicht bekanntgegeben werden.
4. Auf Schulferne finden die Vorschriften der Ziffer 1 bis 3 entsprechende Anwendung.
5. Wer trotz des Abtraten ein Hochschulstudium ergreift, kann nicht damit rechnen, irgendeine Studienverguhigungen zu erhalten.
6. Es ist damit zu rechnen, daß die Eignung derjenigen Abiturienten, denen vom Hochschulstudium abgesehen werden ist, im Laufe der ersten drei Semester nachspruft und daß diese Nachsprufung bei allen weiteren Prüfungen und bei der Zulassung zu Seminaren und Uberungen gewertet wird.

Der Bericht über Rom

Das Reichskabinett wird sich mit einer Reihe kleinerer Gelegenheitsvorlagen aus dem Gebiet der Innenpolitik befassen, u. a. mit einer Neuregelung der Zusammenlegung der Steuer- und Zehnerstellen. Im Uberigen werden, wie schon mitgeteilt, die aus den parlamentarischen Fragen im Reichstag hervorgehenden, die auf dem Präsidenten Göring wird über feine Befehrbefugnisse in Rom Mitteilungen machen. Göring und Papen nehmen heute abend an der Hitler-Feier in Rom teil. Ministerpräsident Göring wird unmittelbar im Anschluß an die Feier mit dem Flugzeug Rom verlassen und morgen mittag in Berlin eintreffen. Gostenfeler von Papen wird mit der Eisenbahn reisen und nicht vor Donnerstag in Berlin feinen, so daß er an der Kabinettsitzung nicht teilnehmen kann.

Unter den aus den parlamentarischen Fragen hervorgehenden Vorlagen in London zur Besprechung kommen: Nachdem der deutsche Gesandtschaftsrat Graf Bernstorff am Sonnabend die Befehrbefugnisse der Reichsregierung in London übermittelt hat, ist die Demarche einwertig beendet. Ein Besuch des deutschen Botschafters von Rom im Foreign Office ist nicht vorgesehen.

Der Reichstagskanzler wird morgen abend Berlin wieder verlassen. Er wird feinen Oberbrestung am Donnerstag außerhalb der Reichshauptstadt verbringen.

*

Die Funfstunde Berlin übereinstimmend heute nacht 24 Uhr vom Deutschlandsender aufgenommen von der Vorleser zu Hitler

Polnische Befehrworte über Danzig

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

DANZIG, 18. APRIL

Der polnische diplomatische Vertreter in Danzig, Minister Papez, hat bei dem hohen Kommissar des Vaterlandes seine Überzeugung eines Memorandum persönliche Vorstellungen erheben. In dem Memorandum heißt es:

„Die Sicherheitsverhaltnisse in Danzig haben sich verschärft, immer zahlreicher werden die benachteiligten Angelegenheiten, die auf die Ohnmacht der polnischen Organe oder auf die Straflosigkeit gewisser polnischer Organisationen, welche Ausführungen begehen, schließen lassen.“

Der Senat hat unverzüglich dem hohen Kommissar des Vaterlandes ebenfalls ein Memorandum übermittelt, in welchem er die Behauptung des polnischen diplomatischen Vertreters widerlegt und seine Vorstellungen als willig unbedenklich und gegenstandslos erklärt.

Es ist nicht das erste Mal, daß Polen eine solche Aktion gegen die Danziger Politik unternimmt. Schon mehrfach haben sich die Genfer Stellen hinsichtlich der polnischen Kommissare mit polnischen Klagen über mangelhafte Sicherheitsverhaltnisse in Danzig befasst. Die Untersuchungen haben jedoch stets ergeben, daß die Behauptungen entweder nicht den Tatsachen entsprechen oder übertriebenen Berichten über lokale Zwischenfälle, wie sie sich in jeder Groenstadt ereignen, beruhen. Es ist bisher von den Genfer Stellen auch immer festgestellt worden,

daß die polnischen Machtmittel in Danzig sich als ausreichend erweisen haben. Die Hintergründe der polnischen Aktion find auch diesmal so durchsichtig, daß sie auch vom Ausland und von Genf erkannt werden können.

*

Der Danziger Senat hat heute als Termin für die Neuwahlen zum Danziger Hofstage den 28. Mai 1933 bestimmt.

BRESLAU, 18. APRIL

In Osterreich wurde trotz aller beruhigenden Erklärungen der Behörden die Agitation der polnischen nationalitatlichen Verbände gegen die deutsche Minderheit am. Am Obermontag wurden in Katowitz die deutschen Aufhangenden in den Gefängnissen, Gost-wirtschaftlichen usw. durch mehrere Kolonnen mit Teerbarbe uberstreifen. Auch in der polnischen Bevölkerung erregt das zum Teil erheblichen Unwillen.

In mehreren Ortschaften der Wojewodschaft Katowitz waren für die Oberregierungswartigkeitsverhandlungen deutschpolnischer Verbände vorgelesen, sie müssten in letzter Stunde abgelot werden, da von polnischer Seite Erklärungen angefordert wurden. Man drugt ebenfalls vorzugehen wie in Opatow, wo bekanntlich die Befehrer eines deutschpolnischen Verbandszweigs von Opatow die Auffandigenverhandlungen schwer misshandelt wurden. Der Auffandigenverband hat während der Festsetzung an der deutsch-polnischen Grenze, vor allem im Kreis Lublin, umfangreiche militärische Überzugs angehalten.